

## NEWS

Energieeffizienz

# Vom Vorreiter zum Bremsklotz

Maximilian Richard

**Bis 2020 soll durch das EU-Klimapaket „20-20-20“ die Energieeffizienz Europas um 20% verbessert werden. Im Rahmen einer Pressekonferenz warf der Méco Luxemburg vor, die Umsetzung dieser Direktive nicht ernst genug zu nehmen.**

Energieeffizienz gilt als einer der Grundpfeiler einer nachhaltigen Energiewende. Nur durch eine Zügelung des Energiebedarfs der Gesellschaft wird es möglich sein, die benötigte Rest-Energie aus erneuerbaren Energiequellen zu gewinnen. Ohne eine solche Verminderung würden große Teile der noch vorhandenen fossilen Brennstoffe unnötig aufgebraucht, was unausweichlich zur Klimakatastrophe führen würde. Erreicht werden kann die Reduktion auf verschiedenen Wegen - unter anderem durch eine Verbesserung der Wärmeschutzstandards für Gebäude und durch die Entwicklung sparsamerer Elektrogeräte beziehungsweise Motoren.

In seinem Regierungsprogramm macht Luxemburg sich zwar für die Verwirklichung von Umweltschutzmaßnahmen stark und schreibt sich sogar eine Vorreiterrolle zu. So heißt es dort: „Le Gouvernement entend faire du Luxembourg un pionnier en ce qui concerne l'efficacité énergétique et les énergies renouvelables dans la Grande Région.“ Aber die Tatsachen, betont der „Mouvement écologique“, sprechen gegen diese Darstellung.

Dabei bezieht der Méco sich konkret auf die Umsetzung der Energieeffizienz-Richtlinie 2012/27/EU. Diese Bestimmung sieht unter anderem vor, dass Energielieferanten verpflichtet werden, von 2015 bis 2020 den nationalen Energieverbrauch um 1,5% zu senken.

## Tanktourismus künstlich herausgerechnet

Zunächst habe Luxemburg die von der EU gesetzte Frist zur Umsetzung der Direktive missachtet. Die beiden entsprechenden Gesetzesentwürfe - 6709 und 6710 - seien erst im Juli des vergangenen Jahres, also mit einem Monat Verspätung, und lediglich zur Begutachtung, an den Staatsrat geschickt worden. Diese Verzögerung stellt allerdings für den Méco nicht

das einzige Problem dar. „Wenn die Regierung sich schon Zeit lässt, sollten die vorgelegten Gesetzesentwürfe wenigstens gut sein“, kritisiert der Verantwortliche des Dossiers Pol Polfer. Inhaltlich widersprächen die Entwürfe den Versprechungen im Regierungsprogramm, sodass von einer „Vorreiterrolle“ keine Rede mehr sein könne. Ende 2014 reagierte der Méco mit einer Stellungnahme auf die Regierungspläne, erhielt aber keine Antwort. Auch auf das Ersuchen um Unterredung mit dem zuständigen Wirtschaftsminister Etienne Schneider wurde nicht reagiert.

Die Verringerung des Energieverbrauchs, so der Méco, betreffe nur Strom- und Gaslieferanten. Energielieferanten des Transportsektors würden dagegen bewusst außer Acht gelassen, obwohl der Energieverbrauch dieses Bereichs rund 50% des gesamten Energiekonsums in Luxemburg ausmache. Es sei ungerecht, die Strom- und Gaslieferanten diese Last alleine schultern zu lassen. Die Regierung habe dafür aber pragmatische Gründe; die EU-Richtlinie erlaube es, eine solche Ausklammerung vorzunehmen und damit die Einsparsumme um ein Viertel zu verringern. Mit lediglich 1,125% verpflichtet sich Luxemburg nun zum absoluten Minimum der EU-Ziele.

## „Eng Virwëtzut“

Welche Maßnahmen sich die Energieversorger als Einsparung anrechnen lassen können, sei bislang unklar. Für die Bemühungen des Energiesektors sei allerdings im Gesetzestext bereits eine Kompensation vorgesehen. Wie diese genau finanziert werden soll, stehe aber noch nicht fest. Die Gesetzesvorlage verweise auf zwei „règlements grand-ducaux“, die allerdings noch nicht vorliegen.

Die Umweltgewerkschaft befürchtet, dass diese Kompensation den Energienutzern durch zusätzliche Steuern auf Strom und Gas aufgebürdet wird. Um die Einsparziele zu erreichen, würden die Energielieferanten sich zunächst auf ihre Großkunden aus dem Industrie- und Dienstleistungssektor konzentrieren. Für die Kompensation müssten dann alle Kunden aufkommen.

In Luxemburg seien allerdings schon jetzt viele Haushalte für die Begleichung ihrer Energierechnung auf die Finanzspritzen der „offices sociaux“ angewiesen. Aber auch mit diesen Hilfen konnten 202 Kunden im Jahr 2011 ihre Rechnung nicht bezahlen - mit der Sperrung der Strom- und Gaslieferung als Folge. Ein zusätzlicher Zuschlag auf den Energiepreis würde das Problem der Energiearmut in Luxemburg also nur verschlimmern. Der Méco fordert deshalb, dass in den Gesetzesentwürfen die Definition eines „client vulnérable“ berücksichtigt wird. Dieser Kundengruppe sollten „kostenneutrale Angebote zur Effizienzsteigerung“ ermöglicht werden. Dies empfehle auch die EU ihren Mitgliedsstaaten.

Der Méco macht den hohen Zeitdruck und die Verspätung der legislativen Prozedur für die vielen Unklarheiten des Gesetzesentwurfs verantwortlich. „Solange die Ausführungsbestimmungen nicht auf dem Tisch liegen, wäre es unverantwortlich, wenn die zuständige Kommission der Abgeordnetenversammlung die Gesetzesvorlagen akzeptieren würde“, bekräftigte Polfer. Auch wenn Luxemburg dem EU-Zeitplan hinterherhinken dürfe, könne kein unfertiges Gesetz auf den Weg gebracht werden. Es sei unumgänglich, dass die Gesetzesvorlagen gemeinsam vom Wirtschaftsministerium und der zuständigen parlamentarischen Kommission überarbeitet werden.

Bei all dem müsse aber auch eingeräumt werden, dass nicht alles in der luxemburgischen Klimapolitik schief läuft. Bei der Erhöhung der Wärmeschutzstandards für Wohn- und Nutzgebäude seien bereits gute Resul-



FOTO: BOEGH FLICKR

Der Transportsektor hat besonders negative Auswirkungen auf die Klimabilanz Luxemburgs - trotzdem soll er aus der Energieeffizienz-Debatte ausgeschlossen werden.

tate zu verzeichnen. Auch die Beihilfen zur Sanierung von bestehenden Gebäuden stünden im europäischen Vergleich durchaus positiv da. Die Ausklammerung der Energielieferanten des Transportsektors hätte freilich vermieden werden können. Obwohl die endgültige Entscheidung für diese Vorgehensweise dem Wirtschaftsminister obliegt, macht der Méco auch die anderen Regierungsmitglieder verantwortlich, da diese die Maßnahme zumindest gebilligt hätten.

## Invitation à l'assemblée générale

Les **coopératrices et coopérateurs de la société coopérative woxx** sont convoqué-e-s à l'assemblée générale ordinaire, qui aura lieu le **jeudi 26 mars 2015 à 18 heures** au siège du woxx, 51, avenue de la Liberté, 2<sup>e</sup> étage, Luxembourg-Gare.

Ordre du jour :

1. rapport de l'ancien conseil d'administration
2. rapport financier de l'année 2014
3. rapport des commissaires et du réviseur externe
4. décharge du conseil d'administration
5. appel aux candidatures et élection d'un nouveau CA
6. élection des commissaires
7. perspectives de notre projet
8. divers

Pour le conseil d'administration  
Christiane Wagener (présidente)